

**Ungleichheit: Ausmaß, Ursachen und Konsequenzen
Paritätischer stellt Jahresgutachten zur sozialen Lage in Deutschland vor**

Pressestatement von Prof. Dr. Rolf Rosenbrock,
Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbandes,
anlässlich der Pressekonferenz am 24. Mai 2016

SPERFFRIST: Dienstag, 24. Mai 2016, 10 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,

es vergeht derzeit kaum eine Woche, in der nicht neue Studien und neue Belege für die eklatante Ungleichheit in diesem Land veröffentlicht würden: Trotz anhaltend guter Wirtschaftsentwicklung verharrt die Armut in Deutschland auf hohem Niveau. Die Einkommen sind sehr ungleich verteilt und die Schere in der Vermögensverteilung öffnet sich immer weiter. Deutschland ist nicht nur eines der reichsten Länder dieser Welt, sondern gleichzeitig auch eines der Länder mit der höchsten sozialen Ungleichheit. Selbst OECD und Internationaler Währungsfonds warnen davor, dass die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich das wirtschaftliche Wachstum heute schon bremst und mittelfristig ernsthaft gefährdet. Eine einseitige ökonomistische Betrachtung greift aber deutlich zu kurz: Die wachsende Ungleichheit ist nicht nur Wachstumsbremse und Wohlstandsrisiko, sie ist auch ein Gerechtigkeitsproblem und wird auch zunehmend so wahrgenommen und erlebt. Die Ungleichheit wird immer mehr auch eine Bedrohung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Denn: Wo das Vertrauen in die Fairness und Sicherheit bröckelt, da bröckelt auch der Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält.

Der soziale Zusammenhalt bzw. die „Soziale Kohäsion“ ist eine wesentliche Grundlage für die Stabilität und Entwicklung von Gesellschaft und Wirtschaft. Gesellschaften mit größerem Zusammenhalt sind – wissenschaftlich belegt – produktiver, friedlicher, sie bewältigen Krisen besser und sie sind auch innovationsfreundlicher. Deutschland hat z. B. bei der Aufnahme von Geflüchteten bislang ein außerordentlich hohes Maß an sozialem Zusammenhalt gezeigt. Diese Kraft muss gepflegt und erhalten werden.

Der soziale Zusammenhalt wird gestärkt durch Möglichkeiten der Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand und am soziokulturellen Leben in der Gemeinschaft, durch die Bereitstellung sozialer Infrastruktur und durch die Gewährleistung subjektiver Rechte, die Partizipation und soziale Integration ermöglichen bzw.

verbessern. Politik muss sich daran messen lassen, ob und was sie zur Stärkung des sozialen Zusammenhaltes in diesem Sinne beiträgt.

Und genau dies tun wir: Der Paritätische legt heute sein drittes Jahresgutachten zur Entwicklung des sozialen Zusammenhalts in Deutschland vor – als Korrektiv zur einseitigen ökonomistischen Betrachtung der Lage in unserem Land.

Das Gutachten ist in drei Teile gegliedert:

1. Empirische Bestandsaufnahme anhand ausgewählter wirtschaftlicher Kennziffern, die für den sozialen Zusammenhalts in unserer Gesellschaft wichtig sind
2. Zusammenfassung und Bewertung der gesetzgeberischen Tätigkeit im Berichtszeitraum mit Blick auf die Auswirkungen auf den sozialen Zusammenhalt in Deutschland
3. Aktuelle Handlungsempfehlungen an die Politik zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts

Zwei positive Befunde vorweg:

Das Jahresgutachten belegt eine positive Entwicklung am Arbeitsmarkt, insbesondere die Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Die Einführung des Mindestlohns war ein wichtiger und überfälliger Schritt, auch wenn die Zahl der ergänzend auf Grundsicherung angewiesenen Menschen, der so genannten „Aufstocker“, lediglich um etwa 60.000 Menschen reduziert werden konnte. Der Mindestlohn zeigt, dass das Konzert der Mindestlohnkritiker mit ihren wiederkehrenden Warnungen vor schädlichen Folgen für Arbeitsmarkt und Wirtschaft Unrecht hatte. Er ist ein Signal dafür, dass Arbeit einen Wert hat und Dumpinglöhne gesellschaftlich nicht akzeptiert werden. In der Höhe ist der Mindestlohn freilich nach wie vor nicht geeignet, Armut wirksam zu bekämpfen oder gar Altersarmut zu verhindern. Eine Anhebung des Mindestlohns auf über 11 Euro wäre dafür erforderlich.

Der Arbeitsmarkt ist auch weiterhin stabil und aufnahmefähig. Allein 2015 sind in Deutschland nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit über 700.000 Arbeitsplätze geschaffen worden. In vielen der über 350 Ausbildungsberufe in Deutschland sind Ausbildungsplätze unbesetzt geblieben. Zum vollständigen Bild gehört dabei jedoch, dass es nach wie vor annähernd eine Million Langzeitarbeitslose gibt, für die es auf Grund verschiedener Vermittlungshemmnisse auf dem regulären Arbeitsmarkt bisher keine Perspektive gibt.

Die Gesamtbilanz bleibt negativ: Wachsende Ungleichheit gefährdet den sozialen Zusammenhalt.

Wir wollen nicht schwarzmalen, aber trotz der skizzierten positiven Entwicklungen am Arbeitsmarkt bleibt die Gesamtbilanz alarmierend, wie ich an einigen Kennzahlen illustrieren möchte, von denen Sie viele weitere in dem umfassenden Jahresgutachten finden:

Mit großer Sorge beobachten wir insbesondere eine fortschreitende Erosion der Schutzfunktion der Sozialversicherungen. Vertrauen in die Sozialversicherungen ist gerade in Deutschland eine tragende Säule des sozialen Zusammenhalts. Die aktuellen Entwicklungen in der Arbeitslosenversicherung und der Rentenversicherung gefährden den sozialen Zusammenhalt enorm.

Nicht einmal mehr ein Drittel der Menschen, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, haben auch Anspruch auf Leistungen der Arbeitslosenversicherung. Über zwei Drittel sind demgegenüber auf Hartz IV oder auf die Unterstützung von Familienangehörigen oder Partnern angewiesen. Eine Versicherung, die im Versicherungsfall nur jedes dritte Mal auch greift, droht ihre Legitimation zu verlieren.

In der Rentenversicherung ist das Rentenniveau (Netto vor Steuern) seit 1990 von 55 Prozent auf heute nur noch 47,5 Prozent abgesenkt worden und kann bis 2030 auf 43 Prozent reduziert werden. Der stetige Sinkflug des Rentenniveaus droht damit, auch die Legitimation der Rentenversicherung als einer Pflichtversicherung zu gefährden und soziale Ungleichheit weiter zu verschärfen.

Das Drei-Säulen-System der Alterssicherung muss in seiner bisherigen Form ebenfalls als gescheitert angesehen werden: Weder die Riester-Rente noch die Betriebsrente sind bislang geeignet, den Rückgang des Rentenniveaus zu kompensieren. Insbesondere von Altersarmut bedrohte Personengruppen profitieren nicht ausreichend von diesen Leistungen der zweiten und dritten Säule der Alterssicherung.

Schon jetzt reicht die Rente allein immer öfter nicht mehr aus: 2014 bezog fast jeder Zweite eine Rente, die geringer als 750 Euro monatlich war. Die durchschnittliche Rente liegt schon heute unterhalb des durchschnittlichen Grundsicherungsbedarfs (2014: 769 Euro).

Auch wenn eine Mehrheit der älteren Menschen neben der Rente über weitere Einkommensquellen und Unterstützung verfügt, gefährdet der durch die Gesetzgebung der vergangenen Jahre beförderte Substanzverlust der Rentenversicherung die soziale Kohäsion. 90 Prozent der Rentnerinnen und Rentner in den alten Bundesländern beziehen Leistungen der Rentenversicherung, aber nur 21 Prozent solche der betrieblichen Altersvorsorge. In den neuen Bundesländern beziehen sogar 99 Prozent der Rentnerinnen und Rentner Leistungen der Rentenversicherung, aber nur ein Prozent zusätzlich solche der betrieblichen Altersversorgung. Das Alterssicherungsniveau in Deutschland steht und fällt vor allem mit der Gesetzlichen Rentenversicherung, deren Leistungsfähigkeit durch die Bundesregierung aber nicht gestärkt, sondern weiter geschwächt wird. Das zeigt sich aktuell z. B. an der beschlossenen Förderung der Absicherung angestellter Juristen in berufsständischen Versorgungswerken.

Selbst die Bundesregierung geht von einem deutlichen Anwachsen der Altersarmut in den nächsten Jahren aus. Derzeit sind bereits rund 6,51 Milliarden Euro für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung vorgesehen. Schon für das Jahr

2020 rechnet die Bundesregierung mit einem Anstieg der Ausgaben auf 8,81 Milliarden Euro – ein Anstieg von über einem Drittel in nur vier Jahren.

Meine Damen und Herren,

es ist nicht nachvollziehbar, wenn von der Bundesregierung sehenden Auges in Kauf genommen wird, dass das Schutzniveau in der Arbeitslosenversicherung und der Rentenversicherung, zwei der Grundpfeiler des deutschen Sozialstaats, immer weiter sinkt und immer mehr Menschen durch das soziale Netz fallen.

Das Paritätische Jahresgutachten belegt, dass die Grundlagen von Lebensqualität, Wohlstand und sozialer Teilhabe durch die wachsende Ungleichheit ernsthaft gefährdet sind. Die soziale und regionale Polarisierung in Deutschland nimmt zu. Die geringe soziale Mobilität entwertet das Aufstiegsversprechen der sozialen Marktwirtschaft. Selbst in der aktuellen wirtschaftlichen Hochphase gelingt es nicht, Langzeitarbeitslosigkeit nachhaltig zu bekämpfen und diesen Menschen eine Teilhabe- und Beschäftigungsperspektive zu bieten. Die anhaltend hohe Kinderarmut und eine dramatisch wachsende Altersarmut sind alarmierender Ausdruck der wachsenden Zerklüftung dieser Gesellschaft, in der immer mehr Menschen ausgegrenzt und von Teilhabe ausgeschlossen sind.

Der Handlungsbedarf ist enorm: Politik muss aktiv werden.

Was das Paritätische Jahresgutachten ebenfalls belegt: Es ist kein Naturereignis, mit dem wir es hier zu tun haben, es ist das Ergebnis verfehlter politischer Weichenstellungen. Zahlreiche der jüngsten Gesetzesmaßnahmen drohen jedoch nicht nur nichts Wesentliches zur Bekämpfung von Ungleichheit beizutragen, sondern diese auch noch weiter zu verschärfen. Zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit wurden lediglich Maßnahmen im symbolischen Bereich auf den Weg gebracht, das Problem der Altersarmut wurde durch die politischen Weichenstellungen im Berichtsjahr eher noch verschärft, und das Thema der Kinderarmut wurde überhaupt nicht angegangen. Armutspolitisch ist die Bilanz der Bundesregierung für das Berichtsjahr absolut ungenügend.

Im Paritätischen Jahresgutachten geben wir konkrete Handlungsempfehlungen: Die aktuelle Politik ist nicht alternativlos. Die Wege, um Ungleichheit zu reduzieren und soziale Kohäsion zu stärken, sind bekannt und Deutschland hat als eine der reichsten Gesellschaften der Welt auch die Mittel, diese Wege zu gehen.

Wir brauchen eine neue, auf soziale Integration und Teilhabe gerichtete Politik, die konsequent darauf gerichtet ist, soziale Ungleichheit zu bekämpfen und den sozialen Zusammenhalt zu fördern. Fünf Schritte sind aus unserer Sicht vordringlich:

1. **Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit:** Qualifizierungs- und Beschäftigungsangebote müssen ausgebaut werden, konsequent am Bedarf der Betroffenen orientiert sein und müssen im Bedarfsfall auch begleitende Hilfen umfassen.

2. **Anhebung der Grundsicherungsleistungen:** Wir brauchen eine bedarfsgerechte Anhebung der Regelsätze auf mindestens 491 Euro. Die Anpassung muss künftig durch eine unabhängige Kommission überprüft werden. Für Kinder und Jugendliche ist ein eigener Regelsatz zu entwickeln, der ihren Bedarfen gerecht wird. Einmalige Leistungen für besondere Bedarfe müssen wieder übernommen werden.
3. **Bildungs- und Teilhabemöglichkeiten schaffen:** Jedes fünfte Kind in Deutschland, insgesamt 2,5 Millionen Kinder und Jugendliche, ist von Armut betroffen. Um alle Kinder und Jugendlichen in ihrer Entwicklung optimal zu fördern, müssen wir die Kinder- und Jugendhilfe stärken und jungen Menschen einen Rechtsanspruch auf Bildung und Teilhabe verschaffen.
4. **Altersarmut bekämpfen:** Die staatliche Förderung der Riester-Rente und der Entgeltumwandlung sind einzustellen. Stattdessen muss das Rentenniveau umgehend angehoben und stabilisiert werden, um ein verlässliches Fundament für die individuelle Vorsorge zu schaffen. Wir brauchen eine Aufwertung geringer Renten und eine Umsteuerung in der Altersvorsorge, hin zu einer gezielten Förderung besonders von Altersarmut betroffener Personengruppen. Die Altersgrundsicherung muss reformiert und armutsfest gestaltet werden.
5. **Integration gestalten:** Es müssen gute Voraussetzungen für die schnellstmögliche Integration der Geflüchteten geschaffen werden. Dazu gehört u.a. der Zugang zum Bildungssystem von Beginn an, die zügige Öffnung und Aufstockung der Integrations- und Sprachkurse und der gleichberechtigte Zugang zum Arbeitsmarkt (nach drei Monaten – Abschaffung des Vorrangprinzips) sowie zu Arbeitsförder- und Berufsbildungsmaßnahmen und zum BAföG.

Und ich will hier an dieser Stelle einen weiteren Punkt ergänzen, den man nicht ausklammern darf, wenn wir über das Thema sozialen Zusammenhalt sprechen: Angesichts der aktuell zu beobachtende Zunahme der Anschläge auf Flüchtlingsheime, die mit einer zunehmenden Feindseligkeit gegenüber Flüchtlingen, Migrantinnen und Migranten, Journalistinnen und Journalisten und Repräsentantinnen und Repräsentanten von Politik und Verwaltung einhergehen, sind auch eine konsequente Positionierung und ein gezieltes Vorgehen gegen rechte Gewalt zentrale Aufgabe und Pflicht nicht nur der Zivilgesellschaft, sondern gerade auch der Politik.

Meine Damen und Herren,

der Handlungsbedarf ist offensichtlich und es gibt Rezepte, um den Problemstau aufzulösen. Dafür gibt es keinen besseren Zeitpunkt als jetzt, in Zeiten noch ungebrochener Prosperität. Unser Sozialstaat muss gestärkt und darf nicht weiter in seiner Substanz ausgehöhlt werden, wollen wir den sozialen Zusammenhalt und die Zukunft unserer Gesellschaft nicht aufs Spiel setzen. Es ist Zeit zu handeln: Wir brauchen endlich eine offensive Sozialpolitik, die alle mitnimmt und keinen zurücklässt.